

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

3.12.1925 (No. 281)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14.
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3615

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Kneub
Karlsruhe.

Bezugspreis: Monatlich 3.— Goldmark einschließlich Zustelgebühren. — Einzelnummer 10 Goldpfennig. — Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 14 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kasentabell gilt und veröffentlicht werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Kaiserstr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagererhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Kontrahentverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Zusendungen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abstellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanzeiger für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Das Ergebnis der politischen Aussprache im Badischen Landtag

Annahme des Vertrauensvotums

Die politische Aussprache im Badischen Landtag, die am Montag dieser Woche begann und gestern ihr Ende erreichte, hat ein Ergebnis gehabt, das von jedem Volksgenossen begrüßt werden wird, der eine ruhige und stetige Entwicklung des staatlichen Lebens für das höchste Ziel politischen Strebens hält. Dabei ist jedes der drei Worte: „ruhig“, „stetig“ und „Entwicklung“ gleich wichtig. Der Staat ist ein Organismus und als solcher den Gesetzen der Entwicklung unterworfen. Diese Gesetze richtig zu erkennen und diese Entwicklung auf vernünftigen Bahnen im Gang zu halten, ist für jegliche Staatspolitik die erste Voraussetzung. Die zweite ist die, daß solches mit einer gewissen Stetigkeit, ohne gefährliche Experimente geschieht. Tiefgreifende Reformen, die im Zuge einer gefunden Entwicklung liegen, sind natürlich keine gefährlichen Experimente. Die dritte Voraussetzung ist die, daß an die Erledigung aller politischen Aufgaben mit Ruhe und Besonnenheit herangegangen wird.

Betrachten wir unter diesem Gesichtswinkel das Programm der neuen badischen Regierung, welches am Montag vom Staatspräsidenten Trunk dem Landtag vorgebracht wurde, und die sich daran anschließende politische Aussprache, so ist zu sagen, daß jene drei Voraussetzungen durchaus erfüllt wurden, soweit es sich dabei um die Regierung und die Regierungsparteien handelte, und daß auch die übrigen Parteien sich bemühten, jenen Voraussetzungen gerecht zu werden.

Wenn wir von der Haltung der Kommunisten absehen, so ist eine eigentliche, zielbewusste Opposition bei der politischen Aussprache überhaupt nicht zutage getreten. Und es hat auch — immer mit Ausnahme der Kommunisten — kein einziger Sprecher der Parteien, die nicht in der aus Zentrum und Sozialdemokratie gebildeten Regierung vertreten sind, dem neuen Kabinett Opposition angekündigt. Im Gegenteil! Auch die nicht in der Regierung vertretenen Fraktionen haben erklärt, daß sie im großen und ganzen mit dem Programm der Regierung einverstanden sind. So wurde denn auch der Antrag, der die Erklärung der Regierung billigt und ihr das Vertrauen ausdrückt, in einer Form angenommen, die deutlich zeigt, daß eine Opposition im wahren Sinne des Wortes zur Zeit im badischen Landtag gar nicht vorhanden ist. 36 Abgeordnete stimmten für den Antrag, 3 dagegen. 29 Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung und gaben damit zu erkennen, daß sie keine Veranlassung haben, der Regierung gegenüber eine feindselige oder ablehnende Haltung einzunehmen.

Besonders interessant war bei alledem das Verhalten der Fraktion, von der man vielleicht noch am ehesten Opposition erwartet hätte, nämlich der Bürgerlichen Vereinigung, d. h. also jener Fraktion, in welcher sich die Abgeordneten des aus Deutschnationalen und Landbund gebildeten Rechtsblocks und der Wirtschaftlichen Vereinigung zusammenschließen haben. Die Ausführungen des Abg. von Au möchten wir ihrem Inhalt nach dabei genau so ignorieren, wie sie von den Parteien des Landtags selbst ignoriert worden sind. Herr von Au hat sich mit seiner Rede sicherlich keinen Dienst geleistet. Zu seiner Entschuldigung ist höchstens das eine anzuführen, daß die ironische Seiterkeit, die er im ganzen Laufe erregte, ihn selbst wohl etwas nervös gemacht hat. Immerhin hat der Führer der sozialdemokratischen Fraktion sich zu der Erklärung veranlaßt gesehen, er würde, wenn man den Herrn von Au überhaupt ernst nehmen könne, ihn wegen seiner Behauptung, die Sozialdemokratie habe Auffichtsratsposten in Trufs, einen gewissenlosen Ehrabschneider nennen.

Die Fraktionsgenossen des Herrn von Au werden wohl selber empfunden haben, daß dieses neue Mitglied eine recht bedenkliche Acquisitio darstellt. Denn die Ausführungen der beiden eigentlichen Sprecher der Bürgerlichen Vereinigung waren von einer wesentlich anderen Tonart. Zunächst wurde auch in der Begründung der Anfrage wegen des Flaggenverbots dem Kabinett prinzipiell die Loyalität bezeugt. Dann aber hat der Führer der Bürgerlichen Vereinigung, Abg. Mayer, ausdrücklich betont, daß er dem in dem Regierungspro-

gramm ausgesprochenen Ruf zur Mitarbeit zu folgen bereit sei, daß er auch die von dem Zentrum abgeordneten Duffner erwähnte Idee der Volksgemeinschaft (also einer Koalition von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen) zustimme, und daß es ihm schließlich egal sei, ob man die Republik oder die Monarchie habe, die Hauptsache sei und bleibe, daß es dem deutschen Volke wohl ergehe. Die bekannten Forderungen des Zentrums in Sachen der Hochschulpolitik hat Herr Mayer als „keineswegs überspannt“ charakterisiert und gemeint, es sei allerdings auf die Dauer unentwärtlich, dem Ministerialdirektor nur einen Teil des Kultusministeriums zu unterstellen, wie es jetzt der Brauch ist.

Die Rede des ersten Sprechers der Deutschen Volkspartei, des Abg. Mattes, war, mit Ausnahme einer etwas deplazierten Bemerkung, maßvoll und so gehalten, daß sie den Frieden nicht zu stören brauchte. Ganz anders wurde dann jedoch die Situation, als der zweite Sprecher der Fraktion, Abg. Bauer, zu Worte kam. Er vergriff sich zweifellos völlig im Ton und ließ sich Angriffe, zumal gegen den Innenminister, die gleich danach im „Bad. Beobachter“ mit den Worten glossiert wurden, es „sei fraglich, ob es vom Standpunkt der Deutschen Volkspartei aus gesehen, gut war, just in diesem Moment einen Mann vom Schlage des Herrn Bauer zu präsentieren; die Ausführungen Bauers könnten doch noch dem, was zuvor der Abg. Mattes gesagt habe, nicht in der politischen Zielrichtung der Deutschen Volkspartei liegen.“

Innenminister Kemme hat in der Debatte mehrfach das Wort ergriffen, das Flaggenverbot so überzeugend begründet, daß nur noch Ubelwollende daran herumwälzeln können, und dem Abg. Bauer in einer Weise erwidert, die den oben zitierten „Bad. Beobachter“ so genger Feststellung veranlaßt: „Damit war der Generalangriff der Deutschen Volkspartei auf den Innenminister und damit auch auf das gesamte Kabinett abgeschlagen. „Zweiter Sieger war die Deutsche Volkspartei. Der erste Angriff hat bekanntlich das Zustandekommen der großen Koalition in einem ausfichtreichen Moment zerschlagen, der zweite Angriff wird die Bildung der großen Koalition zum mindesten nicht beschleunigen.“

Wir haben am letzten Freitag an dieser Stelle geschrieben, es sei notwendig, daß in der politischen Aussprache jede Partei unzuwiderstimmig und klar sage, was sie eigentlich wolle. Wenn die „Mannheimer Volkstimme“ geglaubt hat, wir wollten mit jenem Freitagartikel für eine ganz bestimmte Koalition Stimmung machen, so irt sie sich. Wir haben es lediglich für unsere Pflicht gehalten, den Wunsch zum Ausdruck zu bringen, daß bevor über diese oder jene Koalitionsbildung verhandelt wird, doch eine jede Partei offen und eindeutig bekunden muß, auf welcher Linie sie zu marschieren gedenkt. Wie berechtigt dieser Wunsch ist, hat gerade das Verhalten der beiden Sprecher der Deutschen Volkspartei in der politischen Debatte bewiesen. Die beiden Reden des Herrn Mattes und des Herrn Bauer lassen sich nicht zusammenreimen. Die eine sucht Brücken zu schlagen, die andere schüttet Gift in den Wein. Kein Mensch aber weiß, was nun eigentlich die Deutsche Volkspartei will, vorausgesetzt, daß sie überhaupt einen einheitlichen Willen hat. Man kann es jedenfalls begreifen, daß die sozialdemokratische Presse an ihrem Widerstand gegen eine Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei festhält, wenn der Abg. Bauer als Sprecher dieser Partei sich derartige Ausführungen leisten darf. Daß das Zentrum grundsätzlich nach wie vor die Große Koalition für erstrebenswert hält, ging aus den Reden der offiziellen Sprecher dieser Partei klar hervor.

Die Haltung der Demokraten war ruhig und erhellend von der Absicht bestimmt, den Weg in die Regierung hinein weiterhin offen zu halten. Und sowohl die Regierungserklärung, wie die Reden der Sprecher der beiden Regierungsparteien haben den Demokraten zweifellos diese Haltung erleichtert.

Die politische Debatte hat also im ganzen einen Ver-

lauf genommen, der jenachdem entweder als erfreulich bezeichnet werden kann oder doch zum mindesten zu Bedenken keinen Anlaß bietet; es müßte denn gerade sein, daß man in der Rede des Abg. Bauer einen Keim neuer Schwierigkeiten erblickt. Daß der Verlauf der Debatte so sein konnte, liegt nicht zum wenigsten an der ebenso offenen und klaren, wie glücklich formulierten Regierungserklärung. Diese Erklärung gipfelt in dem Bekenntnis zur demokratischen Republik und zur Reichstreue. Im Rahmen des Reiches wird die badische Regierung mit besonderer Sorgfalt die in der Reichsverfassung garantierte Zuständigkeit und Selbständigkeit, insbesondere zur Erhaltung unserer Eigenart und des unentbehrlichen Maßes von Selbstverantwortlichkeit im Lande und in den Gemeinden hüten. Die Regierung ist überzeugt, daß „Baden dem Reich und seiner Einheit umso besser dient, je mehr man uns Badener sein läßt!“ Das ist ein gutes Wort. Und solcher guten Worte finden sich in der Regierungserklärung, die wir bereits am Dienstag an dieser Stelle im Wortlaut abgedruckt haben, noch manche.

Wenn man die politische Aussprache als Auftakt für die politische Arbeit der nächsten Zeit bewertet, dann muß man zugeben, daß dieser Auftakt kein schlechtes Prognostikon stellt. Jedenfalls hat die Debatte keine Erscheinung gezeigt, die die Situation der neuen aus Zentrum und Sozialdemokratie gebildeten Regierung besonders erschweren könnte. Leicht ist heute die Aufgabe keiner Regierung. Wir unterstreichen deshalb den Wunsch des Staatspräsidenten Trunk nochmals, daß eine jede Partei mit der Regierung zum Besten des Landes mit Freude und Dankbarkeit hinzunehmen wissen.

Badischer Landtag

Bad. Karlsruhe, 3. Dez.

Präsident Dr. Baumgartner eröffnet 14 Uhr die Sitzung. In der fortgesetzten

politischen Aussprache

Spricht Abg. Scheel (Dem.). Er freut sich ob der Feststellung des Staatspräsidenten, daß der frühere Staatspräsident Dr. Sellpach wie auch die Gesamtregierung in bezug auf Freiheit u. Nichthofen nichts versäumt haben. Die Demokraten wollten sich der Mitverantwortung für das, was die Weimarer Koalition bisher getan hat, nicht entziehen. Die durch den ungelungen Flaggenstreit erzeugte Atmosphäre sollte man endlich zu entgiften suchen. Der Erlass des Innenministers sei notwendig gewesen, um die ruhige Atmosphäre für einen würdigen Empfang des Reichspräsidenten zu schaffen. Der Frieden in der Flaggenfrage werde um so eher erreicht, wenn die Anhänger von schwarz-weiß-rot der geltenden Reichsflagge die gebührende Achtung erweisen. Der Frieden im Innern sei Voraussetzung, wenn sich die Verständigungsaktion mit dem Ausland auswirken soll. Nach einigen kulturpolitischen Darlegungen setzt sich der Redner mit dem Zentrum wegen der Professorenberufung auseinander. Das Vertrauen gegen die Demokraten sei unberechtigt; wohl aber mache sich auf Seiten des Zentrums seit Jahr und Tag eine Tendenz in der Richtung eines stärkeren Einflusses geltend. Die Mandatsziffer in dieser Frage ins Feld zu führen, sei aber nicht angängig. Wir stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß die Berufung auf einen Lehrstuhl nur nach genauer unvoreingenommener Prüfung erfolgen und die Befähigung an keine Bedingung geknüpft werden kann. In die Regierung könnten die Demokraten nur auf dem Fuße der Gleichberechtigung eintreten. Was die große Koalition anlangt, so bezweifelt der Redner, daß der Gang der Debatte Volkspartei und Sozialdemokraten näher gebracht hat. Einen Bürgerblock müßten die Demokraten ebenso ablehnen wie eine einseitige Interessenvertretung des Mittelstandes. Der Ausgleich mit den anderen Ständen und die Verständigung in allen sozialen Fragen müßten Hauptaufgabe und Hauptziel sein. Wir begrüßen die in dieser Beziehung vorgeschlagenen Maßnahmen, wie auch die angekündigte Milderung des Steuerdrucks. Auch wir sind der Meinung, daß die Einnahmen aus der Gebäudensteuer nicht für den allgemeinen Finanzbedarf verwendet werden sollten. Der Redner setzt sich für eine bessere Verteilung der Steueraufkommen zwischen Reich und Ländern im Sinne der schwer kämpfenden Gemeinden ein, ferner für die Gewährung langfristiger Kredite an die Industrie. Er erklärte in bezug auf Locarno, daß trotz mancher Bedenken in Deutschlands Interesse nichts anderes übrig blieb, als dem Vertrage zuzustimmen, und schließt: Wir sind an der Regierung nicht beteiligt und enthalten uns deshalb bei der Schlussabstimmung der Stimme. Das bedeutet keineswegs, daß wir nicht bereit wären, positiv mitzuarbeiten, da wir uns der Verantwortung dem badischen Volke gegenüber bewußt sind.

Unterrichtsminister Memmel

teilt mit, daß gegenwärtig Verhandlungen zwischen den Länderregierungen über eine gemeinsame Auslegung des Grundschulgesetzes schweben. Der Minister schildert dann den Sachverhalt bei der Berufung des Freiburger Geschichtsprofessors Dr. Ritter, im Hinblick auf harte Worte der „Badenzeitung“ mit der Bitte beginnend, man möge seine Kritik künftig nur gegen den verantwortlichen Minister richten. Der Minister geht sowohl auf die persönlichen Verhandlungen wie auch auf den Schriftwechsel ein und bemerkt dazu, daß er nach dem Vorgetragenen persönlich Wert darauf lege, wenn jetzt in dieser Zeit im Unterrichtsministerium wie in der Staatsverwaltung überhaupt möglichst unter all das, was geschieht, ein Strich gezogen würde. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß bei einer Berufung selbstverständlich die wissenschaftliche Qualifikation die erste zu beachtende Forderung sein muß. Ebenso selbstverständlich ist, daß konfessionelle und politische Zugehörigkeit kein Grund zur Nichtberufung sein dürfen. Drittens erblicken wir eine Selbstverständlichkeit darin, daß bestimmte Abmachungen, geschichtlich gewordene Notwendigkeiten nicht gebrochen werden können. (Zuruf des Abg. Dr. Glöckner: Das ist von uns keinen Augenblick bezweifelt worden.) Der Minister fortfahrend: Ich mußte dies sagen, um einer müßigen Rede in der Öffentlichkeit ein Ende zu bereiten. Ich werde nichts zulassen, was nicht dem Grundgesetz absoluter Gerechtigkeit entspricht. Als einen unwürdigen Zustand bezeichnet es der Minister, daß die Mitglieder der Regierung oft ihre Unterschrift unter die Berufung von Professoren setzen mußten, wenn die Herren bereits in Amt und Würden waren. Nun sei ja das Berufungsverfahren an Hochschulen etwas anderes als die Ernennung von Beamten. Es müsse aber den Kabinettsmitgliedern die Möglichkeit gegeben werden, sich im Stadium der Berufungsverhandlungen zwecks eventueller Stellungnahme unterrichten zu können. Damit werde in keiner Weise einer Entscheidung vorgegriffen.

Zum Schluß verliest der Minister eine Zuschrift des Rectors der Technischen Hochschule, in der über die Stellungnahme des Großen Rats zum Verbot des Mitführens der schwarz-rot-goldenen Fahne durch den republikanischen Studentenbund beim Empfang des Reichspräsidenten Mitteilung gemacht wird. Bisher hätten die republikanischen Studenten eine Fahne nicht gehabt. Das Erscheinen der Fahne beim Einzug sei nicht angemeldet gewesen. Auch sei keine Anmeldung des republikanischen Studentenbundes beim Studentenausschuß vorgelegen, da man die vor einem Jahre beim Senat erfolgte Anmeldung noch nicht weitergeleitet hatte. Es habe also kein Anlaß zum Einschreiten gegen den Studentenausschuß bestanden. (Entrüstungsrufe bei den Sozialdemokraten.)

In seiner Eigenschaft als Innenminister wendet sich Herr Memmel dann wirtschaftspolitischen Fragen zu. Er äußert sich über die Gestaltung der Bankzinsen und die Kreditnot, dabei auf einen Bericht der Rheinischen Hypothekenbank über die bisher gewährten Kredite hinweisend. Auf dem Wege des Auslandskredits allein werde unsere Wirtschaft nicht gefunden. Der Preisabbau hänge letzten Endes davon ab, ob es der Reichsregierung gelingt, wirksam gegen die Preiskonventionen der Kartelle und Syndikate vorzugehen. Die Regierung habe das ernste Bestreben, alles zu tun, um das Maß der Not einigermaßen herabzubilden. Man möge aber von einer Landesregierung nichts Unmögliches verlangen und draußen in der Öffentlichkeit keine falschen Hoffnungen erwecken. Deshalb auch kein Wettlauf in bezug auf die Stellung von Forderungen.

Abg. Lehleiter (Komm.) berfragt der neuen Regierung das Vertrauen, da sie der Lage der Erwerbslosen, Rentner usw. nicht genügend Rechnung trage. Er gibt dann eine günstige Schilderung der Verhältnisse in Russland, spricht gegen Locarno und empfiehlt die Orientierung nach dem Osten. Damit ist die Rede erloschener.

Abg. Dr. Schöfer (Ztr.) begründet

den Vertrauensantrag

mit einer alten parlamentarischen Gepflogenheit. Die grundsätzlichen Ausführungen des Ministers zur Hochschulfrage finden seine Billigung.

Abg. Schmitthenner (Vg. Lgg.) stellt für die Interpellanten fest, daß die Antwort der Regierung nicht befriedigt habe. Eine Herabwürdigung der neuen deutschen Reichsfahne werde auch auf seiner Seite beurteilt. Man billige die Regierung zu, daß sie in gutem Glauben gehandelt hat und willens ist, parteipolitische Gesichtspunkte zurückzulassen. Gleichwohl mußte das Verbot in weiten Kreisen eine gegenfällige Auffassung hervorrufen. Wir betrachten es nach wie vor als verfassungswidrig und hoffen, daß sich das Vorkommnis nicht wiederholt.

- Es folgt die namentliche Abstimmung über den Antrag:
1. die Erklärung der Regierung vom 30. November wird gebilligt;
 2. der Regierung wird das Vertrauen ausgesprochen.
- Von 72 Abgeordneten sind 4 krank gemeldet. Mit 3a stimmen 86 Abgeordnete des Zentrums und der Sozialdemokraten, mit Nein 3 Kommunisten. 29 Abgeordnete enthalten sich der Stimme. Es sind dies außer den 6 Regierungsgliedern die Demokraten, Volksparteiler und Mitglieder der Bürgerlichen Vereinigung.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen vertagt sich das Haus um 17 Uhr auf Donnerstag vormittag 9 Uhr. Tagesordnung: Ausführanträge.

DJ. Karlsruhe, den 3. Dez.

Präsident Dr. Baumgartner eröffnet 10 Uhr die Sitzung. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Berichte des Rechtsplegeauschusses.

Abg. Wertenlaub (Ztr.) berichtet über den Antrag Nüder (Soz.) betr. Einbeziehung aller Angestellten in die Arbeitslosenversicherung.

Ohne Debatte wird der Antrag in folgender Formulierung einstimmig angenommen:

Die Regierung wird ersucht, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß dem § 33 des Entwurfes des Gesetzes über

die Arbeitslosenversicherung eine Fassung gegeben wird, wonach für den Fall der Arbeitslosigkeit neben den Krankenversicherungspflichtigen Arbeitnehmern auch diejenigen Angestellten versichert sind, welche nach dem Angestelltenversicherungsgesetz der Versicherungspflicht unterliegen.

Abg. Schneider (Ztr.) gibt Aufschluß über die Verordnung des Justizministeriums vom 28. September 1925 über die Grundbuchkosten in Aufwertungssachen

und stellt in Verbindung damit den Initiativantrag auf Erlass eines Gesetzes, wodurch das Justizministerium für weitere zwei Jahre (bis 1. Januar 1928) ermächtigt wird, einzelne Bestimmungen des Kostengesetzes zu ändern. Die Begründung verweist auf die noch immer bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse und insbesondere auf die Notwendigkeit, Bestimmungen des Kostengesetzes der durch das Aufwertungsgesetz vom 16. Juli 1925 geschaffenen Lage anzupassen.

Das Haus nimmt die oben erwähnte Verordnung zur Kenntnis und gibt in beiden Lesungen seine Zustimmung zu dem Initiativgesetzentwurf.

Abg. Schneider berichtet ferner über den Gesetzentwurf zur zweiten Abänderung des Ausführungsgesetzes zum Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt.

Die Hoffnung, daß die gesetzliche Regelung der Fürsorgepflicht bis zum 1. Januar 1926 erfolgt sei, hat sich nicht erfüllt. Ein Gesetzentwurf über die Ausführung der Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht ist zwar in Bearbeitung; es ist aber nicht anzunehmen, daß der Landtag bei der zur Verfügung stehenden nur kurzen Frist bis zum 1. Januar 1926 die umfangreiche Gesetzesmaterie wird verabschieden können. Die Folge davon ist, daß die für die gesetzliche Regelung der Jugendwohlfahrt vorgesehene Frist bis zum Zeitpunkt der gesetzlichen Regelung der Fürsorgepflicht erstreckt werden muß. Dem trägt der vorliegende Gesetzentwurf Rechnung, der in beiden Lesungen einstimmig angenommen wird.

Abg. Bilschler (DZp.) berichtet über den kommunistischen Antrag auf Zulassung von Weihnachtspaketen an die Strafgefangenen.

Er teilt mit, daß ein Gesuch der Roten Hilfe, an die politischen Gefangenen Weihnachtspakete senden zu dürfen, vom Justizministerium abgelehnt worden sei.

Der Rechtsplegeauschuß schließt sich den Gründen des Justizministers gegen den Antrag an und bittet, diesem die Zustimmung zu verweigern.

Abg. Lehleiter (Komm.) sucht die vorgebrachten Einwände zu zerstreuen.

Staatspräsident Trunt

erklärt in seiner Eigenschaft als Justizminister: Ich sage es mit vollem Ernst, daß durch die Zulassung von Weihnachtspaketen die Sicherheit in unseren Strafanstalten auf schwerste gefährdet werden würde. Der moderne Strafvollzug in gutem Sinne darf nicht so verhandelt werden, daß der Charakter des Vollzugs einer Strafe verloren geht. Der Minister teilt mit, daß er in der letzten Zeit die Anordnung treffen mußte, daß die kriminellen Verbrecher von den sogenannten politischen Häftlingen getrennt zu halten seien. Man habe festgestellt, daß die politischen Gefangenen die kriminellen verderben. Es müßte eine weitgehende Kontrolle einsetzen und dennoch wäre man nicht davor geschützt, daß Feilen u. a. in die Strafanstalt eingeschmuggelt werden. Der Minister stützt seine ablehnende Stellungnahme auf weitgehende Erfahrungen. Im übrigen werde die Weihnachtsfeier in den Strafanstalten in einem humanen, gut christlichen Sinne den Gefangenen gegenüber gehandhabt. Vielen unserer Gefangenen sei es besser ergangen, als Frau und Kindern zu Hause.

Der Ausführantrag wird gegen die Kommunisten angenommen, d. h. die Betreuung der Gefangenen mit Weihnachtspaketen abgelehnt.

Es folgt die Behandlung der sozialpolitischen Anträge.

Der Berichterstatter des Haushaltsauschusses, Abg. Dr. Fähr (Zentr.) leitet seine Darlegungen mit einem erschütternden statistischen Material über den Grad der Arbeitslosigkeit im Reich und in Baden ein. Bei uns zählte man am 25. November ds. Jrs. 18 485 Hauptunterstützungsempfänger; in gleicher Höhe dürfte sich die Ziffer der Zuschlagsempfänger bewegen. In trauriger Lage befinden sich auch die Klein-, Sozial- und Kriegrentner, deren sich insgesamt 188 156 in Fürsorge befinden.

Die Not der Kleinrentner

hat das Zentrum zum Gegenstand einer förmlichen Anfrage gemacht, die gleichfalls vom Abg. Dr. Fähr begründet wird. Es handelt sich hier um Personen, die ihr ganzes Vermögen auf den Altar des Vaterlandes gelegt haben. Die heutige Fürsorge sei völlig unzulänglich. Das Reich, nicht die Länder, habe aber die moralische Pflicht, diese Leute durch eine auskömmliche Rente vor dem Verhungern zu bewahren. Der Fürsorgecharakter müsse verschwinden. Auch eine Verpfändung bei Lebzeiten habe zu unterbleiben. Namens des Haushaltsauschusses stellt der Berichterstatter folgenden

Antrag:

1. dem Antrag der Abg. Rarum u. Gen., Bewilligung von 500 000 Reichsmark als einmalige Zuschuhunterstützung für die Erwerbslosen (Druck. Nr. 8 Buchst. a und b) seine Zustimmung geben und den Antrag der Abg. Bod u. Gen., Notmaßnahmen für Erwerbslose (Druck. Nr. 44 Biff. 3) durch die Beschlußfassung als erledigt erklären;
2. den Antrag der Abg. Freihof u. Gen., Notstandsarbeiten (Druck. Nr. 10), annehmen und den Antrag der Abg. Bod u. Gen., Bekämpfung der Erwerbslosigkeit (Druck. Nr. 47 Biff. 1, 3 und 4) hierdurch für erledigt erklären;
3. beschließen, die Regierung zu ersuchen, daß in Rücksicht auf die zunehmende Arbeitslosigkeit im Lande dem Landtag alsbald Aufklärung über den Umfang der Bereitstellung von Notstandsarbeiten im Sinne der produktiven Erwerbslosenfürsorge und zweckentsprechende Arbeitszuweisung gegeben wird;

II.

1. beschließen: Den besonders bedürftigen Klein-, Sozial- und Kriegrentnern wird in Anbetracht ihrer großen Notlage zum Zwecke einer einmaligen Zuschuhunterstützung der Betrag von 500 000 Reichsmark bewilligt. Die Unterstützung soll nach sozialen Gesichtspunkten (Fürsorgebedürftigkeit) festgelegt werden und durch die Bezirksfürsorgestellen alsbald zur Auszahlung gelangen;
2. die Anträge der Abg. Nüder u. Gen. und der Abg. Saas u. Gen., Bewilligung von 500 000 Reichsmark als einmalige Zuschuhunterstützung an Klein-, Sozial- und Kriegrentner (Druck. Nr. 26 u. 25), sowie den Antrag der Abg. Bod u. Gen., Notmaßnahmen für Kriegsbeschädigte und Kriegshinter-

bliebene, Sozial-, Klein- und Altersrentner (Druck. Nr. 44 Biff. 2) durch die Beschlußfassung zu II 1 für erledigt erklären;

3. beschließen: Die Regierung wird ersucht, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß die Sozial-, Kriegs- und sonstigen Rentenbeträge den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechend erhöht werden und daß den Ländern für Zwecke der Kleinrentnerfürsorge namhafte Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Innenminister Memmel

antwortet auf die förmliche Anfrage: Der Berichterstatter hat bereits auf die reichsrechtliche Grundlage der hier aufgeworfenen Fragen hingewiesen. Das schwere Los der Sozial- und Kleinrentner ist uns bekannt. Auch nach der Regelung der durch das Aufwertungsgesetz sich ergebenden Ansprüche wird die Sorge für die Kleinrentner noch bei den Bezirksfürsorgeverbänden bleiben. In wie geringem Umfange das Aufwertungsgesetz die verloren gegangenen Vermögen zurückführt, brauche ich nicht besonders zu betonen. Unter der Tatsache, daß das Finanzausgleichsgesetz nicht genügende Mittel zur Verfügung stelle, haben auch die Kleinrentner zu leiden. Zwei Drittel der Lasten haben die Bezirksfürsorgeverbände zu tragen, während ein Drittel vom Lande zurückerstattet wird. Die vom Reich aufgestellten Nichtsätze wurden bereits von einer Reihe von Städten freiwillig eingeführt. Es scheint, daß sich das Prinzip der individualisierten Fürsorge allmählich auch in Baden durchsetzt. Die Reichsregierung hat versprochen, 75 Prozent der Lasten zu übernehmen. Auffallenderweise ist darüber im neuen Etat nichts zu finden. Wir werden im Verein mit den Länderregierungen bei der Reichsregierung vorstellig werden, damit sie ihr Versprechen einlöst. Dann wird es im Rahmen der Nichtsätze, unabhängig von den Umfragen der Gemeinden, möglich sein, weit mehr zu tun. Inwiefern darüber hinaus das Land den Bezirksfürsorgeverbänden Mittel an die Hand geben kann, wird zurzeit geprüft und soll Gegenstand einer Erörterung mit dem Finanzminister sein.

Die sozialpolitische Aussprache eröffnet der Abg. Freihof (Soz.). Die Unterbringung der Erwerbslosen durch Naturalien lehnen seine Freunde ab; sie wollen eine angemessene Vergütung. Staat und Gemeinden müßten durch Notstandsarbeiten Arbeitsgelegenheit schaffen, um dadurch besonders auch den bereits ausgeheuerten Arbeitslosen zu Hilfe zu kommen. Der Redner erinnert dabei an das Projekt einer Anstalt Mannheim-Heidelberg, sowie an Aufwärtigerarbeiten in der Bruchfelder Gegend.

Gegen 11 Uhr vertagt sich das Haus auf nachm. 14 Uhr.

Nach der Unterzeichnung

Luther und Stresemann im Unterhaus

Die auswärtigen Delegationen, die an der Unterzeichnung des Londoner Paktes teilgenommen haben, brachten den Mittwoch mit Besprechungen im eigenen Kreise und mit Besuchen bei persönlichen Freunden in London zu. Reichsminister Dr. Luther sprach in Downingstreet Nr. 10 vor, wo er eine kurze Besprechung mit Baldwin hatte, während Vandenbergh, Benesch und Scialoja einen Besuch bei Austen Chamberlain machten.

Nachmittags waren Dr. Luther und Dr. Stresemann kurze Zeit im Unterhaus und wählten von der Fremdenloge aus der Erledigung der kurzen Anfragen bei. Die Tatsache, daß sie, als Vandenbergh wegen der Kadaverangelegenheit eine Anfrage stellte, sofort die Tribüne verließen, um Chamberlain Antwort nicht zu hören, wurde Reuters Parlamentsbericht zufolge verschiedentlich erörtert. Der Bericht sagt, man habe darin den Ausdruck diplomatischen Feingefühls gesehen, nämlich den Wunsch, dem Eindruck zu vermeiden, als seien sie eigens zu diesem Zwecke ins Unterhaus gekommen, um Chamberlain Dementi mit anzuhören. Während die englische Regierung befallentlich bisher einer ausreichenden Erklärung auf die zahlreichen Anfragen wegen der Kadaverangelegenheit beharrlich aus dem Wege gegangen war, gab Chamberlain am Mittwoch eine Erklärung ab, der er jedoch die Form gab, daß der Reichsminister ihn ermächtigt, die Unwahrheit jener Behauptung festzustellen und daß Chamberlain dieses deutsche Dementi akzeptiere.

Später nahmen Dr. Luther und Dr. Stresemann bei Ramsay MacDonald den Tee ein. Am Abend gab der Premierminister zu Ehren der fremden Delegationen ein Essen, an dem u. a. die britischen Minister, auswärtige Diplomaten und mehrere britische Vorkämpfer teilnahmen.

Die „Germania“ meldet: Reichsminister Dr. Luther und Reichsaussenminister Dr. Stresemann haben an den Reichsminister Dr. Stresemann am Dienstag nachmittags mit dem Vertreter Englands, Frankreichs und Belgiens im Foreign Office hatten, verlaute von antunrichtiger Seite, daß selbstverständlich die Gelegenheit dazu benutzt wurde, den in politischen Angelegenheiten so wichtigen persönlichen Kontakt wieder aufzunehmen und die Fragen, an denen die vier Länder ein gemeinsames Interesse haben, gründlich durchzusprechen. Es sind somit Fragen, in denen Zweifel und Schwierigkeiten entstanden waren, teils geklärt, teils gefördert worden, soweit dies möglich war. In diesem Zusammenhang darf natürlich nicht vergessen werden, daß z. B. in der Frage der Rheinlandsbefestigung alles davon abhängt, wie der bei einer fremdländischen Besetzung unvermeidliche Anspruch, für die Sicherheit der Besatzungstruppen zu sorgen, künftig in der Praxis Anwendung findet, und ob der sehr behobene Begriff „Sicherheit“ in engerer Weise oder im Geiste von Locarno ausgelegt werden wird, mit anderen Worten, wie sich die dienstlichen Beziehungen des neuen deutschen Reichskommissars zu Tirard entwickeln werden. Dieser Umstand legt natürlich der Erörterung gewisse Grenzen. Doch sich die Weiterbesprechung der 2. und 3. Zone logisch mit Locarno nicht verträglich, darüber hat ja der deutsche Kanzler in seiner Rede bei der Unterzeichnung des Paktes seinen Zweifel geäußert. Es ist als ein Vorteil zu betrachten, daß beim Eintritt Deutschlands in den Bälterbund, mit dem man im Laufe des Monats März rechnen dürfte, im Zusammenhang mit den Zusammenkünften des Räterates die Möglichkeit für eine weitere regelmäßige Fortsetzung der in Locarno begonnenen und nun wieder aufgenommenen persönlichen Zusammenarbeit gegeben sein wird.

Deutscher Reichstag

Berlin, 2. Dez.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Abg. Henning (Voll.) eine Erklärung gegen den Abg. Dr. Birth ab. Er würde den zitierten Artikel heute genau so schreiben, aber hinzufügen, daß die Ehre des deutschen Volkes in den Händen des Reichstages eben so schlecht aufgehoben war, wie in denen des Juden Rathenau. (Große Unruhe links.) Dr. Birth scheint am wenigsten zu Vorwürfen berufen, denn er habe das Wort gesprochen, „der Feind steht rechts“. Darauf seien Duzende rechtsstehender Männer erwidert worden. Dr. Birth sei ein krankhaft hemmungsloser Mann. (Värm links, Ordnungsrufe gegen Zwischenrufer.)

Präsident Loebe erklärt, er habe diese Ausführungen zu lassen müssen, weil gestern gegen den Abg. Henning außerordentlich schwere Angriffe erhoben wurden, die gerügt worden wären, wenn sie der Präsident gehört hätte.

Die zweite Beratung des deutsch-italienischen Handelsvertrages wird fortgesetzt.

Abg. Erkelenz (D.): Die schweren Schäden, die der deutschen Kleinindustrie aus dem Vertrage erwachsen, müssen durch Hilfsmaßnahmen der Regierung ausgeglichen werden. Der Redner spricht die Erwartung aus, daß Italien seine bisherige deutschfeindliche Politik aufgeben werde.

Abg. Frau Rauch (Bayerische Volkspartei): Die autonomen Zollsätze für Obst und Früchtgemüse seien im deutsch-italienischen Handelsvertrage viel zu weit ermäßigt worden.

Abg. Graf Reventlow (Voll.) lehnt den Vertrag ab.

Abg. Freiherr von Freytag-Loringhoven (DR.) verweist auf die unwürdige Behandlung der Deutschen in Südtirol.

Abg. Dr. Silberling (S.) erklärt, es sei unmöglich, der Regierung eine gebundene Marschroute vorzuschreiben. Die Forderung der Weinbauern erkennen wir an, aber sie dürfen Hilfe nicht allein vom Reich erwarten.

Abg. Lejeune-Jung (DR.) verlangt schleunige Maßnahmen der Regierung gegen das Valutadumping, das von der englischen Regierung mit der Subventionierung der englischen Eisenbahnen getrieben werde.

Der Handelsvertrag wird in zweiter Beratung gegen die Kommunisten, Völkischen und einen Teil der Deutschnationalen angenommen, mit der gleichen Mehrheit in der dritten Beratung.

Angenommen wird weiter eine Entschließung des Ausschusses, in der die Regierung des Vorlages einer Denkschrift ersucht wird, aus welcher ersichtlich ist, durch welche Maßnahmen andere Staaten sich gegen Dumping-Behandlung, besonders gegen Valuta-Dumping zu schützen versuchen.

Es folgt die zweite Beratung des vorläufigen Zollabkommens mit der Schweiz. Das wird in zweiter und dritter Beratung gegen die Kommunisten und Völkischen sowie einen Teil der Deutschnationalen angenommen.

Das Zollabkommen mit Österreich wird ohne Aussprache in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Es folgt die erste Beratung des von den Demokraten eingebrachten Gesetzesentwurfes über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den früheren regierenden Fürstentümern.

und über den von den Kommunisten beantragten Gesetzesentwurf über entschädigungslose Enteignung der früheren Fürstentümer.

Abg. Dietrich-Baden (D.) begründet den Gesetzesentwurf der Demokraten, wobei er betont, daß seine Freunde gerne zu Änderungen ihres Entwurfes im Ausschuss bereit seien. Die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den Fürsten vor den Gerichten habe zu ganz unbilligen Zuständen geführt. Besonders schlimm lägen die Verhältnisse in Thüringen. Dort müsse nach Reichsgerichtsurteilen dem Herzog von Gotha ein Waldbestand von 20 000 Hektar, dem von Altenburg von 12 000 Hektar, und dem Fürsten von Schwarzburg-Sonderhausen von 19 000 Hektar ausgeliefert werden. Eine weitere solche Auslieferung in Verbindung mit den hohen den Fürsten von den Gerichten zugewilligten Renten würde die Finanzen Thüringens aufs Schwerste erschüttern. Preußen würde durch die Abfindung des früheren Königshauses fast genau so erschüttert werden. Diese Auseinandersetzungen, so fuhr der Redner fort, könnten nur unmöglich den Gerichten überlassen, denn es handelt sich hier überhaupt nicht um Privatverhältnisse, sondern um staatsrechtliche Fragen. (Beifall links.) Das hat schon mit größtem Nachdruck Fürst Bismarck betont, als er sich um die Auseinandersetzung Preußens mit dem Hause der Welfen handelte. (Sehr richtig links.) Die Erfahrungen in den Prozessen der letzten Zeit haben uns gezeigt, wie bedenklich es wäre, wenn die Weltgeschichte nachträglich von Gerichten gemacht oder korrigiert würde. (Beifall links, Unruhe rechts.)

Abg. Neubauer (R.) begründet einen Gesetzesentwurf seiner Freunde, der die entschädigungslose Enteignung der Fürstentümer fordert. Nicht nur Nobespierre, sondern auch Bismarck hätte den Standpunkt vertreten, daß bei den Auseinandersetzungen mit abgesetzten Fürsten nicht das bürgerliche Recht, sondern die Rechte auf die Staatssicherheit entscheidend seien. Ingesamt seien den früheren deutschen Fürsten circa 3 Milliarden zugesprochen worden, also das Dreifache der Dawesanleihe.

Als der Redner ausführte, das Vermögen der meisten Fürsten sei durch Raub, Diebstahl und Gaunerei zustande gekommen, erfuhr Vizepräsident Graef (Thüringen) den Redner, nicht weiter das Gefühl eines großen Teiles der Mitglieder des Hauses zu verletzen. (Unruhe links.) Das entzogene Vermögen müßte zur Erhöhung der Unterstützung für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen verwendet werden.

Abg. Scheidemann (S.): Es ist meine Überzeugung, daß jetzt Millionen unserer Volksgenossen hungern. Wir haben rund 1 Million Erwerbslose, mehrere Millionen Kurzarbeiter. Im Oktober haben 1464 Geschäfte bankrott gemacht, im September sind 6550 Deutsche nach Übersee ausgewandert. Die Zahl der Selbstmorde beträgt 30 auf 100 000 Einwohner. Nach allen Berichten ist das Elend überall im Steigen und dieses in Not und Elend verfallende deutsche Volk soll nun viele hundert Millionen jenen Fürsten zahlen, die die Hauptschuld an dem jetzigen Elend unseres Volkes tragen. Die Fürsten haben offenbar kein Verständnis für die milde Art, mit der das Volk bei der Revolution mit ihnen umgegangen ist. Das Oberlandesgericht in Braunschweig hat sich nicht scheut, einen Vergleichsvorschlag zu machen, wonach dem Herzog von Cumberland eine jährliche Rente von 650 000 Mark bezahlt werden sollte. Die Vereinbarungen, die den Fürsten hohe Renten zusprechen, sind von Gerichten als wider die gute Sitte verstoßen aufgegeben worden, weil auch die Fürsten dabei die Geldentwertung spüren würden. Verfügt es nicht weit mehr gegen die guten Sitten, daß den Kriegsanleihegeheimern ihr ganzes Vermögen entschädigungslos genommen wurde? Die Hohenzollern haben nicht weniger als 5,7 Millionen jährlich gefordert, ein Ver-

trag, mit dem 34 000 erwerbsfähige Indaliden ernährt werden könnten. Von den Gutachtern, die die Vermögensansprüche der Hohenzollern begründen wollen, habe der Abg. Dr. Bredt einen Überblick bis zum Jahre 1411 gegeben, um auszuführen, daß seit dieser Zeit die Hohenzollern ihr Vermögen vermehrt hätten, weil sie sämtlich gute bescheidene und sparsame Haushalter gewesen seien. Ein anderer Historiker schreibe freilich, daß die Hohenzollern Verschwender und Jammerlappen gewesen wären (Unruhe rechts). Das schrieb der spätere Chefredakteur der Deutschen Zeitung Dr. Max Maurenbrecher (Große Heiterkeit), bei der Auseinandersetzung mit den 1886 entthronten Kurfürsten von Hessen hat Bismarck mit allem Nachdruck festgestellt, daß solche Dinge nicht privatrechtlicher, sondern staatsrechtlicher Natur seien. Die Republik darf sich nicht zum Gespött der ganzen Welt machen, indem sie ihren Feinden noch die Kampfmittel liefert. Unser armes Volk sitzt im Elend, in das es durch die Fürsten gestoßen ist. Das Land ist den Fürsten nichts schuldig, aber die Fürsten dem Lande alles. Der kommunistische Antrag hat lediglich agitatorischen Charakter. Der demokratische Antrag bildet eine brauchbare Grundlage zur Lösung dieser Frage. Die Reichstagsabgeordneten haben sich zu beweisen, daß sie Vertreter des deutschen Volkes sind, nicht aber Fürstentumsknechte. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Vindeiner-Bildau (Deutschnational) erklärt, die Frage lediglich als eine Rechtsfrage zu behandeln (Widerstand links). Wir verlangen nichts anderes, als daß die Mitglieder der ehemaligen Fürstentümer als gleichberechtigte Staatsbürger behandelt werden. Der demokratische Staatsrechtslehrer Schilling hat am 17. November 1920 in einem Gutachten erklärt, die Auseinandersetzung mit dem Hohenzollernhaufe dürfe nicht unter politischen Gesichtspunkten, sondern müsse auf dem Rechtsboden erfolgen. Man müsse den Hohenzollern alles geben, was ihnen gebührt. (Heiterkeit rechts.) Denselben Standpunkt haben alle Volksbeauftragten, Friedrich Ebert, Wolfgang Heine und andere, darunter auch Demokraten, eingenommen. Nach dieser Entscheidung und nach der Weimarer Verfassung ist die Reichsgesetzgebung gar nicht zuständig. Die eingebrachten Gesetzesentwürfe verstoßen gegen zwei Verfassungsbestimmungen, nämlich gegen Artikel 109 („Alle Deutsche sind vor dem Gesetze gleich“) und gegen Artikel 153 („Das Eigentum wird in der Verfassung geschützt“). Die Verfassung auf Bismarcks Stellungnahme nach 1866 ist verstoßen; denn es ist ein Unterschied, ob die Fürsten durch Revolution oder durch Krieg deponiert sind. Damals haben auch die Demokraten-Freiwillichen gegen Bismarcks Stellungnahme protestiert und haben verlangt, daß der Rechtsboden nicht verlassen werde.

Abg. Dr. Bell (Z.): Meine Freunde werden ohne Vorurteile und frei von Parteipolitik streng sachlich und gerecht auf eine Lösung hinarbeiten. In unserer ohnehin nervös überhitzten Zeit wäre uns es erspart geblieben, wenn die ehemaligen Fürstentümer bei Geltungmachung ihrer Ansprüche und namentlich auch bei den Abfindungsverhandlungen auf die durch die einschlägigen Kriegsverluste verursachte Verelendung und Verarmung und vor allem auf die zahllosen bittersten Not leidenden Kriegsbeschädigten, Kriegswaisen und Kriegshinterbliebenen, auf die katastrophalen Not der breiteren Volksklassen, Entwertung von Kriegsanleihen usw. die wenige Rücksicht allenhalben genommen hätten, die sich aus ihrer hohen Würde und Stellung als vornehmliches Gebot ergab. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Wer sich auf die beiden ersten Absätze des Verfassungsartikels 153 beruft, muß auch für den letzten Absatz eintreten: „Eigentum verpflichtet.“ Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein am allgemeinen Wohl. (Beifall.) Wir beantragen Überweisung des demokratischen Gesetzesentwurfes, — der kommunistische fällt für uns aus — an den Rechtsausschuß. Wir wollen dort auch die Frage gründlich prüfen, ob der Rechtsweg wirklich ausgeschaltet werden kann. Neben dem vom Vorredner angeführten Grundsatze gilt auch der: Das Wohl des Staatsorgans soll das höchste Gesetz sein. Das muß auch gelten für die ehemaligen Inhaber von Fürstentümern. (Beifall links und im Zentrum.)

Gegen 7 Uhr wird die Weiterberatung auf Donnerstag ein Uhr vertagt.

Regierungsbildung im Reich

Die seit Anfang dieser Woche schwebenden Verhandlungen zwischen den Mittelparteien und den Sozialdemokraten können — wie aus Berlin gemeldet wird — gegenwärtig als abgeschlossen gelten. Sie haben zu einem Erfolge nicht geführt. Man will jetzt abwarten bis Reichszugler Dr. Luther aus London zurückgekehrt ist und erst dann wieder in neue Verhandlungen mit dem Ziele der Bildung der großen Koalition eingetreten. Sowohl die Zentrumsfraktion, als auch die demokratische Fraktion hatten einstimmig Beschlüsse gefaßt, in denen die Bildung eines neuen Reichskabinetts auf der Grundlage der großen Koalition für wünschenswert erachtet wurde. Der Abg. Behrenbach (Z.) lud daher die Vertreter der für die große Koalition in Frage kommenden vier Parteien (Zentrum, Demokraten, Deutsche Volkspartei, Sozialdemokraten) am Montag zu einer Besprechung ein, an der aber die Deutsche Volkspartei nicht teilnahm, da, wie sie erklärte, sie die Parteinstimmen der Volkspartei zu dieser Frage noch nicht Stellung genommen hätten. Die Sozialdemokraten nahmen die Anregung entgegen, konnten ebenfalls aber noch keine bindenden Erklärungen abgeben. Am Dienstag nachmittag verhandelte dann der Abg. Behrenbach mit dem Abg. Scholz von der Deutschen Volkspartei, der aber wiederum darauf hinwies, daß er zurzeit keinerlei Erklärungen abgeben könne, da die Parteinstimmen noch keine Entscheidung getroffen hätten. An dieser Besprechung nahm auch der Abg. Leidt (D.V.P.) teil. Der Abg. Behrenbach hat darauf seine weiteren Bemühungen zur Bildung der großen Koalition bis zur Rückkehr des Reichszuglers eingestellt. Die Vertreter des Zentrums und der Demokraten brachten noch einmal zum Ausdruck, daß sie eine Koalition der kleinen Mitte, wie sie von der Deutschen Volkspartei befürwortet wird, nicht mitmachen könnten.

Der deutsch-mexikanische Handelsvertrag durch Mexiko genehmigt. Die mexikanische Regierung hat den zwischen dem Deutschen Reich und Mexiko bestehenden Handelsvertrag, Handels- und Schiffsfahrtsvertrag genehmigt. Der Vertrag tritt mit Ablauf des 31. Oktober nächsten Jahres außer Kraft. Die mexikanische Regierung hat sich gleichzeitig bereit erklärt, in Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Vertrages mit der deutschen Regierung einzutreten.

Vereinheitlichung des Luftverkehrs. In Berlin fanden gemeinsame Besprechungen der Repräsentanten der beiden Luftverkehrsgesellschaften statt, in welchen die wesentlichsten Punkte der Vereinheitlichung des Luftverkehrs erörtert wurden. Insbesondere wurde beschlossen, die Fragen, welche sich hinsichtlich des von beiden Kompanen vorföhrlich geföhrten Personals ergeben, in die Hand eines Ausschusses zu legen, der aus je zwei Vorstandsmitgliedern des Aerolloyd und der Lufthansa-Luftverkehrsgesellschaft besteht.

Politische Neuigkeiten

Zur Vermögensauseinandersetzung mit dem preussischen Königshause

Zu den in der Öffentlichkeit verbreiteten Differenzen über die Vermögensauseinandersetzung zwischen dem preussischen Staat und dem vormaligen Königshause gibt der amtliche preussische Pressebericht auf Grund der Denkschrift aus dem Jahre 1924 und sonstiger Unterlagen folgende Schätzung der in Betracht kommenden Werte:

Nach den Vereinbarungen mit dem vormaligen Königshause sollen dem Staate u. a. zufallen: Land- und Forstbesitz im Werte von etwa 18 Millionen Reichsmark, Nutzungsgrundstücke von etwa 35 Millionen Reichsmark, Schlösser und Gärten im Werte von etwa 474 Millionen Reichsmark, Kapitalien in Höhe von etwa 3 Millionen Reichsmark, Mobiliar der historischen Schlösser etwa 75 Millionen Reichsmark, Kunstwerte in Berliner Museen etwa 35 Millionen Reichsmark, Theaterbaulichkeiten etwa 30 Millionen Reichsmark, zusammen 686,20 Millionen Reichsmark. — Demgegenüber verbleiben nach dem in Aussicht genommenen Vertrage dem vormaligen Königshause (Hauptlinie) im wesentlichen: Land- und Forstbesitz im Werte von etwa 72 Millionen Reichsmark, Nutzungsgrundstücke von etwa 13 Millionen Reichsmark, Schlösser und Gärten im Werte von 81 Millionen Reichsmark (darunter das Palais Kaiser Wilhelms I. im Werte von etwa 17 Millionen Reichsmark, Schloß und Park Bellevue im Werte von etwa 17 Millionen Reichsmark, Schloß und Park Nubelsberg von etwa 17 Millionen Reichsmark), Hausgerät und sonstiges Mobiliar von etwa 10 Millionen Reichsmark. Dazu kommt noch die Gegenleistung für den an den Staat abzutretenden Grundbesitz mit 30 Millionen Reichsmark.

Die Regierung Briand vor dem Parlament

Briand, der am Mittwoch nachmittag aus London wieder in Paris eintraf, begab sich sofort in die französische Kammer, wo die programmatische Erklärung seines Kabinetts zur Verlesung kam.

Diese weist auf den Ernst der augenblicklichen Situation hin, der das Gelingen des in Aussicht genommenen Sanierungswerkes davon abhängig mache, daß die Regierung auf das Vertrauen des gesamten Landes rechnen könne. Ohne auf irgendwelche Einzelheiten einzugehen, versichert die Regierung ihre Entschlossenheit, vor keiner Verantwortung zurückzuflechten. Die vom Parlament geforderte Zustimmung zu einer neuen, sehr beträchtlichen Erhöhung der Inflation wird mit den augenblicklichen Schwierigkeiten der Staatskasse begründet, die, nachdem die Regierung auf die Konsolidierung der kurzfristigen Schuld verzichtet habe, neue Kredite zur Einlösung der in den nächsten Wochen fällig werdenden Verbindlichkeiten bedürfe, und es wird dabei ausdrücklich unterstrichen, daß auch jedes andere Ministerium um eine Fortsetzung dieser Art nicht hätte herumkommen können. Die Einbringung einer zweiten Vorlage, die die Mittel zur Dotierung der in Aussicht genommenen Amortisationskasse schaffen soll, wird für die nächsten Tage angekündigt. Als Briand der Unterzeichnung der Verträge von Locarno Erwähnung tat und sie als eine entscheidende Phase der Politik zur Sicherung des Weltfriedens bezeichnete und der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Politik internationaler Verständigung, die Frankreich alle wünschenswerten Garantien für seine Sicherheit gebe, es ermöglichen werde, seine militärischen Lasten zu reduzieren durch Annahme der von den früheren Kabinetten vorbereiteten Gesetzesentwürfe zur Reform der Armee und zur Verkürzung der Dienstzeit und der allgemeinen Weisung.

Nach der Verlesung der Erklärung brachte Finanzminister Loucheur die angekündigten Gesetze betreffend Erhöhung der Vorschüsse der Bank von Frankreich an den Staat und die Erhöhung des Notenumlaufs ein. Die Kammer wird darin um die Ermächtigung ersucht, mit der Bank von Frankreich ein Abkommen zu treffen, durch das der Vorschuß der Bank von Frankreich an den Staat um sechs Milliarden erhöht werden soll. Außerdem wird um die Genehmigung nachgesucht, den Notenumlauf von 51 Milliarden auf 58 1/2 Milliarden zu erhöhen. Um eine Deckung dieser Erhöhung herbeizuföhren, fordert der Gesetzesentwurf, daß alle am 31. Dezember 1925 noch rückständigen Steuern um 10 Prozent erhöht werden. Außerdem wird die Grundsteuer für den bebauten oder unbebauten Besitz um 50 Prozent, die Steuer auf den Nutzen der Industrie und Handelsunternehmungen um 50 Prozent, die Steuer auf den Nachschuß von Vergewerks um 100 Prozent und die allgemeine Einkommensteuer um 20 Prozent erhöht. Ferner sollen um 50 Prozent erhöht werden die Steuern auf das Einkommen aus französischen oder ausländischen mobilen Werten, die der Stempelsteuer unterliegen, sowie die von französischen Aktien und Obligationen, die auf den Inhaber ausgestellt sind und die von ausländischen, der Stempelsteuer unterliegenden Aktien und Obligationen, gleichviel, ob sie auf den Namen oder den Inhaber lauten. Finanzminister Loucheur erwartet von der Zustimmung der Kammer die Begründung des Entwurfes besagt, eine Mehreinnahme von rund drei Milliarden.

Die Kammer beschloß mit 298 gegen 113 Stimmen zur Beratung der einzelnen Artikel des von Loucheur vorgeschlagenen Finanzsanierungsplanes überzugehen, nachdem Briand die Vertrauensfrage gestellt hatte.

In der Nacht zum heutigen Donnerstag fand eine Nacht-sitzung der französischen Kammer statt, die nach 11 Uhr abends in die allgemeine Beratung der Finanzgesetze eintrat. Loucheur verteidigte seinen Gesetzesentwurf. Die Regierung habe praktische Arbeit zu leisten und deshalb keine Inflation vorschlagen wollen und zugleich neue Einnahmequellen zu erschließen. Das Tabakmonopol wolle er nicht verlaufen. Er wolle vor allem das Budget ausgleichen. — Briand appellierte in der Hauptsache an den Patriotismus. Gegen 4 Uhr morgens wurde die allgemeine Beratung geschlossen und der Eintritt in die Einzelberatung begonnen.

Berlin, 3. Dezember. (Tel.) (1 Uhr mittags deutsche Zeit). Bei der Gesamtabstimmung über das Finanzgesetz wurden 257 Stimmen dafür und 229 Stimmen dagegen abgegeben.

Entscheidung im Zivilprozeß Lb. In dem Zivilprozeß des früheren Staatsbankpräsidenten Lb gegen die Regierung des Landes Thüringen hat der Zivilsenat des Oberlandesgerichts in Jena das Urteil geföhrll. Danach wird das erstinstanzliche Urteil des Landgerichts in Weimar aufgehoben soweit es die Klage Lb's abweist, dem Wiberanklagentag der Regierung stattgegeben und dem Kläger 1/4 der Kosten auferlegt hatte. Die Sache wird zu neuer Verhandlung und Entscheidung über die Klage Lb's an das Landgericht zurückverwiesen.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen. Die deutsch-polnischen Verhandlungen, die am 24. November in Warschau über den Artikel 297 des Versailler Vertrages (Liquidierung deutschen Eigentums in Polen), die aus zwei Röhstungen und mehreren privaten Besprechungen bestanden, werden am 16. Dezember in Berlin fortgesetzt werden.

Kurze Nachrichten

Mittrauensvotum gegen den neuen memelländischen Landespräsidenten. In der Mittwoch-Sitzung des memelländischen Landtages wurde dem neuernannten Landespräsidenten Jusupaitis mit allen gegen die beiden Stimmen der Litauer ein Mittrauensvotum ausgesprochen.

Keine Verteilung des Nobelfriedenspreises. Das Nobelpreiskomitee des norwegischen Storting beschloß, den diesjährigen und auch den im Vorjahre nicht verteilten Friedenspreis auch in diesem Jahre nicht zu verteilen.

Der schweizerische Gewerkschaftsbund gegen die Faschisten. Der Ausschuß des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes faßte eine Entschlußung, welche gegen die Unterdrückung der Gewerkschaften und die Abschaffung der Koalitions- und Meinungsfreiheit in Italien protestiert und die Arbeiterschaft, sowie die übrige freibleiblich gestimmte Bevölkerung auffordert, so lange alle Beziehungen mit Italien abzubrechen und insbesondere auch Reisen nach Italien einzustellen, bis der Terror beseitigt sei.

Badischer Teil

Bargeldlose Entrichtung der Steuern

Die Steuerpflichtigen werden an die Kassen der Reichsfinanzverwaltung - Kassen der Finanzämter, der Hauptzollämter und der Zollämter - am besten bargeldlos entrichtet. Jeder, der ein Konto beim Postämteramt, bei einer Bank, Sparkasse, Genossenschaft u. dergl. besitzt, kann seine Zahlungen an diese Kassen am bequemsten und billigsten durch Überweisung bewirken.

Aus der Landeshauptstadt

Zum Gedächtnis der Großherzogin Luise von Baden

Am heutigen Donnerstag lehrt der Geburtstag der verstorbenen Großherzogin Luise wieder. In pietätvoller Weise wird ihrer im badischen Volke gedacht werden, vor allem in den Kreisen des Frauenvereins und in den Anstalten, deren Schöpferin sie einst gewesen ist. Sie war eine überragende Persönlichkeit; als solche übte sie über alle, die ihr begegneten, eine gewinnende, ja bezwingende Macht aus.

Friedrich Hindenlang, der Journalist unter den evangelischen Pfarrern, der schon öfters mit schriftstellerischen Arbeiten hervorgetreten ist, hat es unternommen, den Lebensabend der Großherzogin zu schildern. Er konnte aus wichtigen Quellen schöpfen, vor allem aus „Lebenserinnerungen“. Dadurch, daß der Großherzog sie dem Verfasser dieser Biographie zur Verfügung gab, ist es diesem möglich geworden, nicht nur das zu erzählen, was die Großherzogin erlebt und erlitten hat, sondern auch, wie sie alles erlebt und getragen hat, und so auch das Innerliche ihres Wesens darzustellen.

Badisches Landestheater. Am Freitag, den 4. Dezember, ist die erste Wiederholung des musikalischen Einakterabends „Tanz der Spröden“, „Aris und Galatea“ und „Der Aussteher“. Wegen Erkrankung von Hilde Baeßler-Mann singt die Partie des „Amor“ in „Tanz der Spröden“ Senta Jochisch, die Partie der „Galatea“ in „Aris und Galatea“ Eise Blant.

Liederabend Hildegard Bieber-Baumann. Morgen, Freitag den 4. Dezember, findet abends 8 Uhr im Eintracht-Saal Frau Hildegard Bieber-Baumann, die Tochter des Karlsruher Komponisten Ludwig Baumann, seit längerer Zeit wieder in ihrer Vaterstadt. Die Künstlerin ist seit einigen Jahren Mitglied des Hamburger Stadttheaters. Ihr sehr schönes Programm besteht aus vier Liedgruppen: Brahms, Wolf, Baumann und Strauß. Es befinden sich darunter Lieder von: „Immer leiser wird mein Schlummer“, „Auf dem Kirchhof“, „Die Rainacht“, „Von ewiger Liebe“ (Brahms), „Aber-seele“, „Ich trage meine Krone“, „Heimliche Aufforderung“ (Strauß). Besonders Interesse dürften fünf Lieder von Ludwig Baumann finden, für die die Tochter des Komponisten begreiflicher Weise eine ideale Interpretin ist. Karten noch bis morgen abend 6 Uhr bei Kurt Neufeld, Waldstraße 29, sowie ab 1/2 8 Uhr an der Abendkasse.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterstelle Karlsruhe vom 3. Dez. 8 Uhr vormittags. In Baden war das Wetter gestern wechselnd bewölkt und besonders nachts traten neue Schneefälle ein. Die Temperatur sank (Mittel 2 1/2 unter Normal) u. liegt heute früh in der Ebene bei -10, im Hochschwarzwald -10 Grad. Die gestern über der Nordsee gelegene Störung ist unter Verflachung nach Süddeutschland und Südwesten gezogen. Auf ihrer Rückseite erfolgt ein starker Kälteeinbruch aus dem Skandinavien-Schweden. Sten-felle -26 Grad), der die Temperatur in Norddeutschland um 4 Grad vermindert. Die Kaltluftfront hat fast die Mainlinie erreicht. Auch bei uns ist noch heute starke Abkühlung zu erwarten. Zwischen Spitzbergen und Grönland lagert eine tiefe Depression, die über Island Barometermassen heranführt (ca. 5 Grad Wärme). Unsere Bitterung wird vorerst hiervon unbeeinträchtigt bleiben. Wetterausblick für 4. Dez.: Weitere Temperaturabnahme, zeitweise Schneefälle, später ab und zu leichte Aufbeiterung, starke Nachfröste.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

Table with 5 columns: City, Currency, and exchange rates for various locations like Amsterdam, London, Paris, etc.

Eintracht Morgen Freitag, den 4. Dezember, 8 Uhr Liederabend Hildegard Bieber-Baumann Mitglied der Hamburger Oper Am Flügel: Elisabeth Gutzmann und Gerda Baumann

Öffentliche Sparkasse des Bezirks Breisach in Breisach. Geschäftsbericht für 1924. Vermögen: 1. Kassenbestand auf 31. Dez. 1924. 16 152.17

Nordweidenerweiterung des Forstamts Karlsruhe aus den Pflanzschulen der Staatswaldabteilung. Am 23. November 1925: D. 3. 400 Bernhard Otto Höhne, Fabrikant, und Hilda Rosa Luise geb. Höhne in Mannheim.

Eintrag des Anton Bohner V in Wulach um Erlaubnis zur Errichtung einer Schlafstätte in seinem Anwesen in der Grünwinklerstr. in Wulach betr. Anton Bohner V in Wulach hat um die bau- und gewerbepolizeiliche Genehmigung zur Errichtung einer Schlafstätte in seinem Anwesen in der Grünwinklerstr. in Wulach nachgesucht.

Öffentliche Sparkasse des Bezirks Breisach in Breisach. Geschäftsbericht für 1924. Vermögen: 1. Kassenbestand auf 31. Dez. 1924. 16 152.17

Badischer Landestheater Freitag, den 4. Dez. 1925 G. 10. Th. Sem. 101-200. Tanz der Spröden Kleine Balletoper, frei nach Claudio Monteverdi, „Belle dell'Ingrate“ (1608) von Carl Doff

Facharzt für Geburtshilfe u. Gynäkologie niedergelassen. Sprechstunden: Montags-Freitags 1/3-1/5 Uhr Samstags 11-1/1 Uhr Dr. med. Hanns Erb, Stefaniestraße 92

Öffentliche Sparkasse des Bezirks Breisach in Breisach. Geschäftsbericht für 1924. Vermögen: 1. Kassenbestand auf 31. Dez. 1924. 16 152.17

Badischer Landestheater Freitag, den 4. Dez. 1925 G. 10. Th. Sem. 101-200. Tanz der Spröden Kleine Balletoper, frei nach Claudio Monteverdi, „Belle dell'Ingrate“ (1608) von Carl Doff